Im Westen was Neues

Perspektivenwechsel in der Landeskulturpolitik NRW?

Lass dir raten, rufe Paten. Wolfgang Clements Kulturputsch gegen die Städte in NRW« titelt die *FAZ* am 26. Febr. Gegenstand des Kommentars von Andreas Rossmann war der von einer internationalen Expertenkommission (bestehend aus Rudi Fuchs, Gert Kaiser, Gerd Leo Kuck, Hans van Mauen, Alexander Pareira, Edgar Reith und Karsten Will) Ende Februar vorgelegte Abschlussbericht »Kultur NRW in Europa« , unv. Manuskript, Februar 2000.. Der Ministerpräsident hatte diese Arbeitsgruppe auf Vorschlag von Kultusministerin Ilse Brusis im vergangenen Jahr einberufen, um konzeptionelle Gedanken zu entwickeln, wie »dem Land NRW im Bereich von Kunst und Kultur ein europäischer Spitzenplatz gesichert werden kann.« Die spontanen Reaktionen und Kritiken, die dieser Bericht bereits vor seiner offiziellen Vorstellung hervorgerufen hat, sind ein Beleg dafür, dass es in dieser Sache um mehr geht als um die z. T. recht dürftigen Vorschläge, die in dem 12-Seiten-Bericht entwickelt werden. Es geht um einen Perspektivenwechsel in der Landeskulturpolitik, der sich bereits seit einigen Jahren ankündigt.

Ausgangslage

Zum besseren Verständnis der Entwicklungen sei vorausgeschickt, dass das einwohnerstärkste deutsche Bundesland historisch und strukturell einige Besonderheiten aufweist, die auch in der Kulturpolitik ihren Niederschlag gefunden haben und immer noch finden. Da ist zunächst die Tatsache, dass NRW im Unterschied zu anderen Bundesländern keine landesherrlich-feudale Tradition hat. Dementsprechend gibt es kein Bewußtsein und keine Notwendigkeit einer Staats- oder Residenzkultur, die landeshoheitlich zu finanzieren und zu repräsentieren wäre. Es herrscht vielmehr ein subsidiär-plurales Kulturpolitikverständnis vor, in dem die Partnerschaft mit den Kommunen in der öffentlichen Kulturförderung im Zentrum steht. »Stadt und Land – Hand in Hand« – lautet dafür die programmatische Formel.

Andererseits hat Nordrhein-Westfalen insoweit eine besondere Bedeutung, als dieses Land seit über 30 Jahren mit der Jahrhundertaufgabe des Strukturwandels konfrontiert ist, der im Ruhrgebiet mit der Dominanz von Kohle und Stahl als wichtigste Ressourcen der wirtschaftlichen Entwicklung bis in die sechziger Jahre hinein seinen Brennpunkt hatte. Diese Besonderheit soll hier nicht wegen ihrer Kulturbedeutsamkeit genannt werden, sondern lediglich auf den Umstand verweisen, dass es in diesem Land von jeher Aufgaben gibt (z. B. die regionalisierte Strukturpolitik), die in besonderer Weise ein Engagement des Landes begründen, weil die Kommunen und die Regionen damit überfordert sind – ganz abgesehen von der eher etatistischen Politiktradition, die den hier regierenden Sozialdemokraten ohnehin nachgesagt wird.

Das Land hatte also in gewisser Weise immer eine Balance herzustellen zwischen dezentraler (z. B. Kommunen) und regionaler (z. B. Landschaftsverbände, Kommunalverband Ruhrgebiet) Aufgabenerledigung und landeszentraler Strukturpolitik. Für den Bereich der Kultur gilt dies in besonderer

»Netze – Stricke – Schlingen:
Kooperationsfelder in der Kulturpolitik«

Der Kulturrat NRW e.V. und die Kulturpolitische Gesellschaft e.V.

laden ein zum Hearing
am Donnerstag, 30. März 2000, ab 16.00 Uhr

- **»Räumungsverkauf Kultur!«**
  Kabarett mit *Karin Hempel-Soos*
- Begrüßung: *Ursula Theißen*
- Podium I: **»Ausnahmsweise Regionale Kulturpolitik«**
  Ruhrgebiet und Rheinschiene: Duo inter pares?
  mit *Peter Landmann, Dr. Oliver Scheytt, Dr. Gert Schönfeld, Jochem von Uslar* und *Hans-Georg Bögner* (Mod.)
- Podium II: **»Acht auf einen Streich – vier berichten«**
  Wunschlos glücklich? Regionale Koordinierungsstellen ziehen Bilanz
  mit *Hartmut Boblitz, Guido Froese, Andreas Kimpel, Susanne Ladwein* und *Brigitte Grande* (Mod.)
- Podium III: **»Elchtest – Beispiele aus der Praxis«**
  Alles graue Theorie? Regionale Kulturpolitik auf der Teststrecke
  mit *Christine Sörries, Jürgen Hillmer, Gerd Herholz, Matthias Pannes, Bärbel König-Bargel, Gisela Mengelberg, Jürgen Fischer* und *Ute Remus* (Mod.)

Ab 20.05 Uhr (Einlass ab 19.30 Uhr) können Sie dann live zu Gast sein beim Funkhausgespräch zum Thema **»Leuchttürme und kleine Lichter. Kultur in der Region als Kraft der Integration«** mit *Prof. Dr. Karl Ganser, Ilse Brusis, Isabel Pfeiffer-Poensgen, Hans-Georg Bögner* und *Helga Kirchner* (Mod.)

Ort beider Veranstaltungen: **Kleiner Sendesaal des WDR im Funkhaus am Wallrafplatz, Köln**

Anmeldung und weitere Informationen:
c/o SK Stiftung Kultur • Im Medienpark 7 • 50670 Köln • T 0221/2262433 • F 0221/2263410

Weise, weil dem Land auf diesem Feld nicht nur die Zuständigkeit bestritten wurde, sondern weil es auch keine oder nur wenige Instrumente besaß, um aktive Kulturpolitik zu betreiben. So gibt es z. B. – bis auf das Düsseldorfer Schauspielhaus und die Kunstsammlung NRW, an denen sich das Land jeweils zu 50% beteiligt – keine eigenen Landeskultureinrichtungen.

Ein neuer Ansatz: Regionale Kulturpolitik

Dieser bewusste Verzicht auf eine eigenständige, aktive Landeskulturpolitik wird gegenwärtig in Frage gestellt und löst deshalb Diskussionen aus. Paradigmatisch dafür steht die Regionale Kulturpolitik, die zu Beginn der Legislaturperiode (1995) eingeführt wurde und mittlerweile auf eine mehrjährige Praxis verweisen kann (vgl. dazu z. B. das Themenheft der KuMi Nr. 77). Aus dem soeben vorgelegten Bericht für den Kulturausschuss des Landtags (Febr. 2000) geht hervor, dass zwischen 1996 und 1999 insgesamt 490 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 35,7 Mio DM aus diesem »Topf« gefördert worden sind. Hinzuzurechnen sind noch weitere 19 »strukturwirksame Großprojekte der Kulturregion Ruhrgebiet« (1999/2000), die mit weiteren 20 Mio DM Mitteln aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GfG) finanziert wurden bzw. werden. Diese Größenordnungen sind, weil sie in konkrete Projekte investiert werden, in ihrer Wirksamkeit nicht zu unterschätzen.

Bemerkenswert an der Regionalen Kulturpolitik ist jedoch nicht allein die Tatsache, dass mit zusätzlichen Landesmitteln Kulturprojekte in den 10 Regionen NRWs gefördert werden, was für sich genommen schon einen Sinn ergäbe. Bemerkenswert ist vielmehr der konzeptionelle Ansatz, der verfahrenslogisch und von den erhofften Ergebnissen her den gleichen Prämissen folgte wie die schon ältere regionalisierte Strukturpolitik des Landes: »die Einbeziehung der regionalen Akteure in die Formulierung strukturpolitischer Strategien, die Zusammenführung von staatlichem und privatem Engagement sowie die Kooperation und Koordination aller Beteiligten zur Förderung von synergetischen Effekten.« (Karin Scharfenorth, »Regionalisierte Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen* Nr. 77, S. 24-27, 24)

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang zunächst, dass die Ziele dieses Politikprogramms in einem 10-Punkte-Katalog formuliert wurden. Schon diese vermeintlich eher selbstverständliche Übung ist vor dem Hintergrund der eher subsidiären und komplementären Förderphilosophie der »klassischen Landeskulturpolitik« ein Novum, in dem sich ein neues Selbstverständnis ausdrückt. Das Land will gestalten und dieser Gestaltungsanspruch folgt einer bestimmten Philosophie bzw. Logik, die nicht nur für neue *Politikinhalte*, sondern auch für einen neuen *Politikstil* stehen (sollen). Kennzeichnend dafür sind zwei Programmformeln, die in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben: »Kulturpolitik als Strukturpolitik« und »aktivierende Kulturpolitik«.

Kulturpolitik als Strukturpolitik

Kulturpolitik als Strukturpolitik zu begreifen bedeutet zunächst den Versuch, diesen Politiksektor stärker in das Zukunftkonzept der allgemeinen Landespolitik einzuordnen. Offenbar hat die Landesregierung erkannt, welche Bedeutung die Kultur bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zukunft spielen kann. Dies gilt sowohl für die Bewältigung des Strukturwandels im engeren Sinne wie für die Positionierung des Landes im Kontext der europäischen Regionen und innerhalb der »Berliner Republik«. Es geht damit auch um Wettbewerbsvorteile, um Standortpolitik.

Beispielhaft für das erste Anliegen war und ist die Internationale Bauausstellung, der eine »intelligente Verknüpfung und Verflechtung von Kunst und Kultur mit anderen Feldern der Politik, mit Bereichen wie Stadtentwicklung, Denkmalschutz, Tourismus und Sport« (so Wolfgang Clement in einem Vortrag *Allianz für Kreativität: Für einen neuen Diskurs von Kunst und Politik, Kultur und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen*, Febr. 1999) gelungen ist. Diese Strategie wird im Programm »Regionale«, eine Fortentwicklung der früheren Landesgartenschauen, aufgegriffen und weiterentwickelt, um das Thema Kultur wirksam in die umfassende Strukturentwicklungspolitik einer Region einzubringen. Zu nennen sind aber auch der Bedeutungsgewinn der Kulturwirtschaft sowie der Versuch der ressortübergreifenden Kombination von wirtschafts- und kulturfördernden Maßnahmen, die in Beschäftigungs- und Existenzförderungsprogrammen (Stichwort »StartArt«) sowie in der Diskussion um die Schaffung von »kulturellen Gründerzentren« ihren Ausdruck findet. Dieser Ansatz, Kulturpolitik auch unter dem Gesichtspunkt der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung zu betreiben, wird seit vielen Jahren von Kulturpolitikern gefordert, obwohl ihre konkrete Umsetzung so leicht nicht ist und auch zu einem Zielkonflikt in der Kulturpolitik führen kann, der in NRW gegenwärtig virulent ist.

Ein weiterer Beleg für die Integration der Kultur in das Zukunftskonzept aktiver Landespolitik ist das im vergangenen Jahr vorgestellte Programm »Nordrhein-Westfalen 2000 plus«, in dem sich die Landesregierung programmatisch zu den Essentials ihrer Politik äußert. Darin heißt es unmißverständlich: »Nordrhein-Westfalen in der Kultur und mit Kultur auf eigene, unverwechselbare Art und Weise europaweit zu profilieren, »das ist unser Ziel.« Im Hintergrund steht dabei der ehrgeizige Anspruch, »dass unser Land im Laufe der nächsten Generation zu einem Zentrum im Westen Europas wird«. Gemeinsam mit anderen Regionen und Staaten soll ein seit Jahrhunderten eng verbundener Kulturraum, »der sich über Nordfrankreich, Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Nordrhein-Westfalen erstreckt«, aktiviert werden, um sich auf dem europäischen Kontinent wirtschaftlich neu zu positionieren. Kultur spielt dabei eine wichtige Rolle und wird damit zu einem Standortfaktor und Kommunikationsmedium im Kontext der Kooperation und Konkurrenz der europäischen Regionen. Dies hat Auswirkungen auf die Kulturpolitik des Landes, insofern sie den Kulturaustausch und die kulturelle Zusammenarbeit mit den genannten Regionen im Sinne des proklamierten Leitbildes der »partnerschaftlichen Internationalität« intensiviert und in der konkreten Förderungspolitik vermehrt auf Leuchtturmprojekte und kulturelle Spitzenleistungen setzt, die über das Land NRW hinausstrahlen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Beauftragung der eingangs erwähnten internationalen Expertenkommission zu sehen, die ihren Abschlussbericht »Kultur NRW in Europa« jetzt vorgelegt hat, der vor allem bei den Kulturdezernenten der Städte als Provokation empfunden wird. So hat die sog. »Trotzkopfrunde«, in der u.a. die Kulturdezernenten die größten Ruhrgebietsstädte zusammengeschlossen sind, in einer ersten Stellungnahme die Kommissionsempfehlungen heftig kritisiert. Sie bemängeln vor allem, dass in dem Bericht vorgeschlagen wird, das bestehende Veranstaltungs- und Fördersystem durch ein Netzwerk von »autonomen gemeinnützigen Veranstaltungsorganisationen« zu ergänzen, in derem Zentrum eine »Kunstprojekte NRW«-Agentur stehen soll. Dabei wird gar nicht bestritten, dass solche nicht-staatlichen oder halb-staatlichen Einrichtungen der Kulturföderung nicht nützlich sein könnten, problematisch ist ihrer Meinung nach vielmehr die heimliche Bot-

Kulturpolitik und Kulturförderung im Land Nordrhein-Westfalen und in den Niederlanden

Ab April wird über die *Kulturpolitische Gesellschaft* eine im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport (MASSKS) erstellte Studie zur Kulturpolitik in NRW mit einem Kulturpolitikvergleich mit den Niederlanden zu beziehen sein.

schaft, die darin steckt und zum Ausdruck bringt, dass die bestehenden Fördereinrichtungen (z. B. das Kultursekretariat der theatertragenden Städte in Wuppertal) diese Aufgabe nicht erfüllen und somit in ihrer Funktion und Legitimation diskreditiert werden – ganz abgesehen davon, dass die dauernd geäußerte Sorge, die NRW-Kultur könne sich international nicht behaupten, für die bestehenden und in der Regel kommunal getragenen Kulturinstitutionen so schmeichelhaft auch nicht ist. An dieser Stelle wird ein zweiter latenter Konflikt deutlich. Er besteht darin, dass die eingangs zitierte Formel »Stadt und Land – Hand in Hand« neu interpretiert wird.

Aktivierende Kulturpolitik

Die Rede vom »aktivierenden Staat« ist in den vergangenen Jahren prominent geworden und soll ein Politikverständnis zum Ausdruck bringen, in dem der Staat seine Gewährleistungsrolle gegenüber seiner Produzentenrolle stärkt. Er macht nicht mehr alles selbst, was für die Kulturpolitik in NRW ohnehin nicht gelten kann, sondern sieht seine Verantwortung darin, die gesellschaftlichen Akteure in die Lage zu versetzen, die Aufgaben selbst zu übernehmen. Diese Philosophie ist in der Kulturpolitik des Landes auf fruchtbaren Boden gefallen, weil sie anschlussfähig ist an das tradierte subsidiäre Selbstverständnis und dennoch neue Steuerungsoptionen eröffnet.

Konkret legitimiert sie den Verzicht auf eigene Aktivitäten (d. h. Unterhalt von Einrichtungen), wo andere Träger im Land diese Aufgabe übernehmen (z. B. die kulturelle Grundversorgung durch die Kommunen), und begründet eine Strategie, die dafür notwendigen dezentralen Strukturen und Akteure im Sinne einer aktiven Subsidiaritätspolitik zu unterstützen, zu ermutigen und zu befähigen. Im Kern geht es dabei auch darum, Handlungsfähigkeit zu gewinnen (»Rückkehr der Politik«), neue Themen auf die landeskulturpolitische Agenda setzen zu können (z. B. Kultur und Beschäftigung, Wirtschaft, Tourismus, Stadtentwicklung) sowie neue Ideen und Problemlösungen zu entwickeln. Dieser Ansatz der »aktivierenden Politik« wird nicht nur für die Kulturpolitik reklamiert, sondern gleichsam als »Hausphilosophie« und Leitbild des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport ausgerufen.

Für die Kulturpolitik ist dieses Selbstverständnis von der Kulturabteilung des MASSKS wie folgt ausformuliert worden: »Dies ist eine Kulturpolitik, die gezielt Anreize setzt und Hilfen anbietet, damit die (...) Ziele der Landeskulturpolitik vor Ort verwirklicht werden. Diese Kulturpolitik geht nicht hoheitlich verwaltend, sondern partnerschaftlich-kooperierend vor. Sie beschränkt sich deshalb auch nicht auf die Gewährung staatlicher Zuwendungen, sondern bringt sich mit ihren Möglichkeiten ein in die Arbeit des großen »Netzwerkes Kultur« im Lande: Sie hilft Verbindungen, Allianzen herzustellen, will neue Partner für die Kultur gewinnen und das Engagement in der Bürgerschaft wecken und stärken. Ihre Rolle ist insgesamt die eines Moderators, Vermittlers, Animateurs für kulturelle Entwicklungsprozesse. Das betrifft konkrete einzelne Vorhaben ebenso wie die generelle Situation der Kulturlandschaft, d. h. die Verhältnisse, unter denen sich künstlerisches und kulturpolitisches Handeln in NRW entfalten kann.« (Kulturpolitik und Kulturförderung ..., S. 61)

Mit anderen Worten: »Aktivierende Kulturpolitik« beschränkt sich keineswegs auf symbolische Aktionen und die Unterstützung imagebildender Attraktionen, sondern versteht sich auch als »Kultur-Struktur-Politik«, die zur Optimierung der kulturellen Infrastruktur durch Ressourcenbündelung im Lande beitragen will. Bei der Umsetzung dieses Anspruchs vertraut sie daher auf die vier großen Ks: Kommunikation, Koordination, Konsens und Kooperation. Die Regionale Kulturpolitik ist wiederum ein Beispiel für die Anwendung und Wirksamkeit dieser vermeintlich »weichen« Steuerungsmittel. Die von Ministerpräsident Clement annoncierte und mit Beifall aufgenommene Sentenz von der »Allianz für Kreativität« wird in diesem Feld noch am ehesten umgesetzt.

Den KulturpolitikerInnen im Lande wird gegenwärtig bewußt, dass hinter dieser Aussage mehr steckt als ein Kalenderspruch oder eine Versöhnungsformel. Sie zeigt einen Gestaltungswillen an und ist schon jetzt verbunden mit einer aktiven, eingreifenden Politik des Landes, auch wenn sie sich kooperativ und partnerschaftlich versteht. Mit »Kulturputsch« (Andreas Rossmann) hat das nichts zu tun. Aber es hat zu tun mit einem neuen Verständnis von Kulturpolitik bzw. mit einer neuen Positionierung des Landes in der Arena der Kulturpolitik. Darüber wird zu reden sein, Protestnoten allein reichen nicht mehr aus.

Norbert Sievers

weitere Quellen:

Kulturpolitik und Kulturförderung im Land Nordrhein-Westfalen. Studie des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Kurt Eichler, Doris Gau, Franz Kröger, Norbert Sievers), erscheint im April 2000.

Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport NRW, Regionale Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen, (unv. Bericht), Februar 2000.

Nordrhein-Westfalen 2000 plus http://www.nrw.de/aktuell/reden/nrw 2000 plus 2.htm)